



Dieter S. Lutz

Dieter S. Lutz, Hamburg

Die verwundbare Zivilisation – Friedensperspektiven nach den Terrorattacken in den USA

Vortrag im Rathaus der Stadt am 5. Oktober 2001

I. Trends der existenziellen Gefährdung – Die gegenwärtigen Trends – so die ungeschminkte Wahrheit – sind zum einen die Trends von gestern, vorgestern und vor-vorgestern, also die gleichen wie die des Jahres 2000, des Jahres 1999, des Jahres 1998 und so weiter. Für sich genommen, ist dies nicht weiter erstaunlich. Trends haben das *per definitionem* so an sich. Anderenfalls wären es keine. Zum anderen aber, und das ist das eigentlich Erschreckende, sind es Trends, die eher abschüssigen Bahnen in den Abgrund ähneln denn segensreichen Wegen in eine friedliche Zukunft. Und keiner, so scheint es, tut etwas dagegen ...

»Der Krieg, der in der Geschichte der Menschheit immer ein Unglück war, ist in den vergangenen Jahrzehnten, wenn ich so sagen darf, ein immer größeres Unglück geworden.«¹

Der dies so deutlich aussprach, ist *Roman Herzog*, also nicht irgendwer, sondern das damalige Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland. Anlass seiner Äußerung war der Festakt zum 25-jährigen Bestehen des Hamburger Friedensforschungsinstitutes am 18. September 1996 im Rathaus der Hansestadt. Der Zeitpunkt dieser kritischen Äußerung datiert also nicht aus den Jahren und Jahrzehnten des nuklearen Abschreckungssystems zwischen Ost und West. Er liegt vielmehr sechs Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, das heißt nach der so genannten ›Zeitenwende‹ von 1989/90. Er liegt ferner ein Jahr nach *Dayton*, dem Abkommen also, das den Krieg in Jugoslawien beenden, die Gewalt in Bosnien-Herzegowina beseitigen und Stabilität auf dem Balkan bringen sollte. Er liegt schließlich zweieinhalb Jahre vor dem Kosovo-Krieg der NATO, der Völkermord und eine humanitäre Katastrophe verhindern sollte. Und nicht zu vergessen: Er liegt fünf Jahre vor dem Eingreifen der NATO in Mazedonien und den Terroranschlägen vom 11. September in den USA.

Krieg und Gewalt liegen, so scheint es, wieder im Trend – auch in Europa. Bitte sehen Sie es mir nach, wenn ich all die Gewalt und Kriege jenseits der Grenzen Europas: in Somalia, in Ruanda, in Afghanistan, im Sudan und andernorts, im Rahmen dieses Beitrages nicht ausführlicher behandeln kann. Aber überraschend für uns ist doch dreierlei: Zum einen, dass erstmals seit Jahrzehnten Krieg über viele Wochen und Monate hinweg auch mitten in Europa herrschte und herrscht; zum anderen, dass er nicht endet, sondern in verschiedensten Formen immer wieder zurückkommt; und drittens, dass er blutig und barbarisch in einer Weise geführt wird, wie es im zu Ende gehenden 20. Jahrhundert für Europa nicht mehr vorstellbar schien.²

David Rieff hat deshalb seinem bereits 1995 erschienenen Buch den provozierenden Titel *Schlachthaus. Bosnien und das Versagen des Westens*³ gegeben. In ihm beschreibt der in New York lebende politische Essayist Rieff seine Erfahrungen und Erlebnisse während mehrerer Aufenthalte in den bosnischen Kriegszentren zwischen 1992 und 1994. Sein Fazit: Der Krieg in Bosnien übertrifft an Härte und Grausamkeit alles, was im »zivilisierten Europa« für möglich gehalten wurde. Bosnien ist ein Schlachthaus geworden, der Krieg ein Vernichtungskrieg gegen eine Minderheit, die bosnischen Moslems. Wenn Europa, die USA und die Vereinten Nationen es wirklich gewollt hätten, wäre der Vernichtungskrieg zu verhindern gewesen. So aber ist in Bosnien ein Traum gestorben:

»Der Traum, dass die Welt ein Gewissen hat, ebenso wie der Traum, dass es für die Schwachen wie für die Starken Gerechtigkeit gibt [...]. Die Niederlage ist total, die Schande ist vollbracht.«⁴

Nach Ansicht vieler standen Ost-West-Konflikt und Kalter Krieg in den Jahrzehnten nach 1945 der Verwirklichung einer dauerhaften Friedensordnung entgegen. Die Hoffnung der Menschen, ja das Versprechen der Politik zu Zeiten des Ost-West-Gegensatzes aber war es, Kriege zu verhindern, aber auch die anderen großen existentiellen Probleme wie Hunger, Massenarmut oder Umweltverschmutzung zu lösen, wenn nur erst einmal Abschreckungssystem und Nuklearkriegsgefahr überwunden wären.

Entsprechend euphorisch waren die Erwartungen, die das Ende des Ost-West-Konfliktes nach 1989 begleiteten. In der »Charta von Paris«, der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten von 1990, heißt es zum Beispiel:

»Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntelang gehegten Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker erfüllen: [...] Wohlstand und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder.«⁵

Heute, elf Jahre später, sind Euphorie und Hoffnungen jedoch verflogen, sieht die Realität in dramatischer Weise anders aus. Aus der Fülle an Literatur und Analysen sei stellvertretend nur ein Zitat angeführt. Es findet sich in einem der Friedensgutachten, die jährlich von den drei führenden deutschen Friedensforschungsinstituten herausgegeben wird:

»Die Politiker aller Länder scheuen es noch immer, sich den langfristig drohenden Trends entgegenzustellen. Substantiell hat sich deshalb seit der Konferenz von Rio nichts geändert. Niemand spricht mehr von der Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie. Eingezwängt zwischen wirtschaftlicher Globalisierung und weltweiter Arbeitslosigkeit, zerstört die Menschheit weiterhin ihre eigenen Überlebensgrundlagen. Das globale Klima verändert sich signifikant mit jedem weiteren Jahr. Mit sinnlosen Ertragssteigerungen werden immer größere Teile des fruchtbaren Bodens degradiert und die Gen-Ressourcen der Natur weiter vernichtet. Die Weltmeere sind nahezu leergefischt; wegen des knapp gewordenen Trinkwassers drohen bereits bewaffnete Konflikte. Auch die Kluft zwischen Arm und Reich wächst unverändert.«⁶

Dieses Zitat stammt aus dem *Friedensgutachten 1997*. Es ist also – auf den ersten Blick – nicht aktuell. Wie auch das Zitat des vormaligen Bundespräsidenten Herzog aus dem Jahre 1996 habe ich es gleichwohl bewusst gewählt. Wenn auch nicht aktuell, so sind die Aussagen beider Zitate doch von großer Aktualität. Sie könnten beide Wort für Wort – ohne jegliche Abstriche – auch in diesen Tagen getroffen werden.

Wer zum Beispiel eine beliebige Tageszeitung aufschlägt, wird dort nahezu immer eine Meldung oder ein Interview finden, wie etwa das mit *Klaus Töpfer*, dem Direktor der UNEP, der Umweltschutzabteilung der Vereinten Nationen. Der Bundesminister a.D. sagt in diesem Interview:

»Wir haben [...] nicht erreicht, was wir uns vorgenommen haben. Ich bin enttäuscht darüber. Beim Klimaprozess sollten wir eigentlich schon weiter sein. [...] Manchmal habe ich schon den Eindruck, dass ich Steine hochrolle, die immer wieder herunterkommen. Das Umweltbewusstsein in den entwickelten Ländern hat deutliche Risse bekommen. [...] Wir müssen immer wieder die Fakten benennen. Tatsache ist, dass bereits jetzt die abnormen Wettersituationen massiv zugenommen haben – fragen Sie mal die Versicherungsgesellschaften [...]. Wir sind bereits jetzt in der Rolle des Zauberlehrlings, der die gerufenen Geister nicht mehr los wird.«⁷

Es handelt sich also in der Tat um Trends über Jahre hinweg. Und mehr noch: Es sind Trends, die nicht erst ex post, also nachträglich festgestellt

werden. Vielmehr sind es Trends, die zumindest seit Jahren bekannt, aber offensichtlich nicht oder nicht ausreichend bekämpft werden.

Was ist die Konsequenz? Was sind die Folgen? Was wird uns das soeben begonnene 21. Jahrhundert, das dritte Jahrtausend nach Christus bringen?

Seit vielen Jahrtausenden waren und sind die Menschen es gewohnt, in gerader Abfolge, sprich *linear*, zu denken und zu handeln. In der Realität des zu Ende gegangenen 20. Jahrhunderts verliefen viele Entwicklungen allerdings nicht mehr linear, sondern zunehmend *exponentiell*. Die Bevölkerungsexplosion ist hierfür ein besonders illustratives Beispiel: Es dauerte viele Millionen, ja Milliarden Jahre, bis die Evolutionsgeschichte ca. eine Milliarde Menschen hervorgebracht hatte. Noch vor 100 Jahren lebten erst ca. 1,6 Milliarden Menschen auf der Erde. Schon 70 Jahre später hatte sich die Bevölkerungszahl auf 3,6 Milliarden Menschen mehr als verdoppelt. 1990, nur 20 Jahre danach, hatte sich die Zahl mehr als verdreifacht, war bereits die Grenze von 5 Milliarden überschritten. Nicht einmal ein Jahrzehnt später, gab es dann bereits 6 Milliarden Menschen auf der Erde.

Doch nicht nur das Bevölkerungswachstum nimmt gegenwärtig noch immer exponentiell zu. Auch andere Trends und Entwicklungen verlaufen nicht weniger rasant, zum Beispiel die Konzentration der sog. Treibhausgase und die Gefährdung der Ozonschicht, die Luftverschmutzung und die Klimaveränderung, das Artensterben und – nicht zuletzt – das breite Spektrum technologischer Entwicklungen, von der Gentechnologie über die Informatik bis hin zur Technologie exotischer Waffen.

Und mehr noch: Zur exponentiellen Entwicklung hinzu kommt der Trend zur multidimensionalen Komplexität. Die Erde zerbricht nicht unter dem Gewicht der Überbevölkerung allein. Die Menschheit verhungert, verdurstet oder erfriert ferner nicht nur am Mangel an Anbauflächen, an Nahrung, Wasser und sonstigen Ressourcen. Die kommenden Generationen ersticken auch nicht allein an Abfall- und Schadstoffen oder ertrinken in den Sintfluten der Klimakatastrophen. Die Gesellschaften verfallen nicht lediglich durch die Wucht terroristischer Anschläge. Der mögliche Weltuntergang schließlich ist nicht nur das schon immer in Kauf genommene nukleare Inferno. Es ist vielmehr die Menge – die Vielschichtigkeit – der Belastungen, das gordische Problemknäuel, das in der Gegenwart immer rascher immer größer wird und der Menschheit die Zukunft versperren könnte: Vielleicht könnte jede einzelne der angesprochenen Entwicklungen noch gestoppt werden, vielleicht könnte jedes einzelne Problem in der Gegenwart noch gelöst werden. Nehmen die Probleme aber auch weiterhin exponentiell zu und treten mehrere gleichzeitig auf, so ist künftig vermutlich nicht nur die Grenze der Belastbarkeit des Systems, sondern vermutlich auch die Grenze zur Handlungs- und Friedensfähigkeit der Menschen erreicht.

Eine neue und erschreckende Erkenntnis zugleich?

Erschreckend ja, ganz zweifelsohne. Neu hingegen ganz sicherlich nicht. Der von mir schon einmal als Zeitzeuge zitierte Bundespräsident Herzog zum Beispiel hat für sie bereits vor fünf Jahren das Bild des *Rastelli* gebraucht:

»Die Zukunft ist unübersichtlicher als je zuvor. Eine neue Weltordnung ist nicht in Sicht. Manche nennen das Multipolarität. Ich selber habe immer gesagt, bis 1989 war es Ping-Pong: Westen gegen Osten. Heute ist es Rastelli: Man arbeitet mit vielen Bällen gleichzeitig und weiß nicht, was herauskommt und wie lange man es durchhält. Niemand weiß beispielsweise, wie nukleare Abschreckung in einem multipolaren System funktionieren soll [...] im übrigen sind die drohenden Instabilitäten ja heute nicht mehr nur strategischer Natur. Soziale, ökologische, kulturelle Ungleichgewichte schaffen zusätzliche Sicherheitsrisiken, die den militärischen langfristig kaum nachstehen. Nie waren Politik und Wissenschaft stärker herausgefordert als heute.«⁸

Ob die Politik – das politische System, wie wir es kennen – diese von Herzog formulierte »Herausforderung« tatsächlich begreift, geschweige denn besteht, kann allerdings nicht als selbstverständlich angenommen werden.

»Ich bin besorgt, daß die Welt allenthalben aus den Fugen gerät und daß die politische Klasse nicht willens und fähig ist, dem entgegenzusteuern.«⁹

Wer dies wiederum ebenfalls bereits in den vergangenen 90er Jahren sagte, ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt – mittlerweile über 80 Jahre alt, für viele Menschen in Deutschland aber noch immer *das* herausragende Beispiel politischer Führungskraft und Leistungsfähigkeit, vielleicht das letzte.

Wer von uns – und ich schließe mich mit ein – und wer insbesondere von unseren führenden Politikern und Politikerinnen hat eigentlich noch den Überblick über die zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu bewältigenden und im friedensgefährdenden Sinne existentiellen und grenzüberschreitenden Trends?

Wer kann ihn angesichts der Fülle der Probleme überhaupt noch in seiner Gesamtheit und Komplexität wirklich haben? Von der ›Überbevölkerung‹ bis zum ›Waldsterben‹? Von der Globalisierung bis zur Massenarbeitslosigkeit? Vom Welthunger bis zur Armutsmigration? Von der Klimaveränderung bis zum ›Ozonloch‹? Von der Desertifikation bis zum Artensterben? Vom kalkulierten Super-GAU bis zum Terrorismus mit Massenvernichtungsmitteln? Vom ›Krieg um Wasser‹ bis zur ›ethnischen Säuberung‹? Vom Rüstungsexport bis zum ›Fundamentalismus‹? Von der Veränderung des Menschenbildes durch zivile Technologien bis hin zur Missachtung der Menschenwürde durch so genannte ›Exotische Waffen‹?

Wer von uns kennt wirklich die Vielschichtigkeit und Vernetztheit dieser und einer Vielzahl weiterer Gefahren und Probleme, ihrer Ursachen und ihrer Wechselwirkungen? Wer hat die Kraft, exponentielle Entwicklungen rechtzeitig zu stoppen? Wer kann gigantische Risiken, latente Katastrophen, hyperfristige Folgen in ein rationales Kalkül für eine friedliche Gegenwart und Zukunft zusammenführen? Wer kann unter drastischem Zeitdruck die richtige Entscheidung fällen? Wer besitzt die Legitimation, über Grenzen hinweg zu entscheiden und zu handeln? Lässt sich das gordische Knäuel der in- und miteinander verwobenen Probleme überhaupt noch gewaltlos entwirren, ohne noch größere Gefahren und Risiken heraufzubeschwören?

Fragen über Fragen!

Das gesamte Wissen der Menschheit soll sich mittlerweile alle fünf bis sieben Jahre verdoppeln. In den letzten dreißig Jahren sollen mehr Informationen neu produziert worden sein als in den fünftausend Jahren zuvor. Jeden Tag werden weltweit eintausend Bücher publiziert und zwanzigtausend wissenschaftliche Aufsätze veröffentlicht. Warum gleichwohl so viele offene Fragen? Warum so wenige oder keine Antworten?

Seit nunmehr Jahren schon glauben viele Menschen in unseren Ländern – von den Bürgerinnen und Bürgern über die Entscheidungsträger bis zum Bundespräsidenten –, dass große existentielle Probleme bestehen bzw. bevorstehen; (fast) keiner aus der politischen Klasse aber weiß, wie sie zu lösen sind, oder ist willens oder fähig, es zu tun.

Eine ausweglose Situation? Oder typisch für eine vor-revolutionäre Zeit?

Der Philosoph und Physiker *Carl Friedrich von Weizsäcker* empfindet bereits die vergangenen Jahre als »prä-revolutionär«. Der Mitbegründer des »Club of Rome« *Dennis Meadows* sieht die Menschheit momentan in »einer geradezu revolutionären Situation«.

Stehen wir also am Vorabend von Destruktion und Vernichtung? Leben wir am Vorabend von Umbruch und Revolution? Was wird der nächste Tag bringen? Die Apokalypse?

Mitten in diese Fragen hinein – so empfinde ich es – treffen uns mit aller Wucht die terroristischen Anschläge von New York und Washington. Sind sie die Antwort auf meine Fragen, die Bestätigung meiner Sorgen?

II. Terrorismus und die Verwundbarkeit hoch entwickelter Gesellschaften – Die terroristischen Anschläge von New York und Washington trafen Amerika scheinbar unvorbereitet. Wenn aber selbst die Supermacht USA mit all ihren Mitteln und Möglichkeiten sich nicht schützen kann, wie hilflos ausgeliefert ist dann erst Europa? Was, wenn der kriegsähnliche Terror beginnt, sich auch gegen Europa und Deutschland zu richten? Was, wenn das sich mit Amerika solidarisierte Deutschland von Terroristen als Geisel genommen wird, sei es, um Vergeltungsmaßnahmen Amerikas abzuwehren, sei es, um

selbst wieder Rache zu üben? Präsident *Bush* spricht vom ersten Krieg des 21. Jahrhunderts und von einem Feldzug von Jahren. Stehen wir also wirklich am Vorabend einer lang andauernden Periode von Terror und Krieg, Destruktion und Vernichtung?

Abermals Fragen über Fragen. Sie beschäftigen momentan die Bevölkerungen Europas wie wenige andere. Angst geht um – auch in Deutschland. Verständlicherweise!

So neuartig, wie sie scheinen, sind die angeführten Fragen allerdings keineswegs. Auch die nüchternen – und ernüchternden – Antworten sind nicht wirklich unbekannt. Die ungeschönte Wahrheit lautet im Gegenteil seit langem: Hoch entwickelte Länder wie Amerika und Deutschland sind grundsätzlich verwundbar. Auf Dauer lassen sie sich weder technisch noch militärisch schützen. Die Priorität muss vielmehr bei rechtlichen und politischen Mitteln liegen.

Die Gründe liegen in den erheblichen Veränderungen der industriellen, ökologischen, sozialen und kulturelle Situation Europas gegenüber den Zeiten des Ersten oder Zweiten Weltkrieges. Besonders illustrativ hierfür sind die über 200 Kernkraftwerke, die gegenwärtig in Europa in Betrieb sind. Sie sind hoch brisante Ziele – sei es für Terroristen, sei es für militärische Aggressoren. Ähnliches gilt allein in Deutschland für viele Tausende Chemie-Betriebe und Betriebe, die chemische Stoffe verarbeiten und lagern, Hunderte von Ö Raffinerien und (überirdischen) Öltanklager (mit teilweise riesigen Fassungsvermögen), Dutzende von Gasraffinerien, Tanks und Verdichterstationen, viele Hunderte Umspannwerke, Güterbahnhöfe, Containerbahnhöfe sowie See- und Binnenhäfen etc.

Alle diese und weitere Einrichtungen sind potentielle Ziele nicht nur für militärische Aggressionen, sondern auch für mögliche terroristische Anschläge. Es bedarf nicht allzu vieler Phantasie, um sich die verheerenden Folgen solcher Anschläge vorzustellen: Zu den Wirkungen gehören eben nicht nur der direkte Waffeneinsatz oder Terroranschlag gegen betroffene Menschen (in mittlerweile immer größeren Ballungszentren), sondern auch die Emissionen radioaktiven Materials aus den Kernkraftwerken, die tödlichen Giftwolken aus den Chemieanlagen, die Feuerstürme aus den Gas- und Erdöllagerstätten und schließlich der Zusammenbruch aller Versorgungs- und Entsorgungswege, z.B. für Strom, Trinkwasser, Lebensmittel und Atemluft.

Es ist offensichtlich: Hoch industrialisierte Staaten wie die Bundesrepublik sind strukturell verwundbar. Die nachdrücklichen Schlussfolgerungen, die bereits zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes aus dieser Erkenntnis gezogen wurden, waren sowohl militärstrategischer als auch sicherheitspolitisch-konzeptioneller Art.

Militärpolitisch fanden sie ihren Niederschlag in einem theoretischen Konstrukt: Final betrachtet – so seinerzeit die offizielle Politik – dienen Militär

und Rüstung nicht der Kriegsführung, sondern der Kriegsverhütung durch Abschreckung. Mit anderen Worten: Die Streitkräfte der Bundesrepublik (und in Variationen auch die anderer Staaten) unterlagen keiner *Kriegsführungs-*, sondern einer *Kriegsverhütungsdoktrin*. Ziel der militärischen Vorbereitungen für den Ernstfall soll es nicht sein, Krieg zu führen, sondern ihn über ein »Kontinuum der Abschreckung« zu verhindern (*pre-war deterrence*) bzw. ihn auf einer möglichst niedrigen Eskalations- und/oder Schadensstufe wieder »einzufangen« (*intra-war deterrence*).

Sicherheitspolitisch wurde dieses Konstrukt, die Abschreckungsdoktrin, eingebettet in die Akzeptanz der eigenen Verwundbarkeit und die Erkenntnis, dass Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander zu haben ist. Entspannungspolitik, Abrüstungsverträge und die Konfliktbeilegung durch rechtliche Regelungen waren die Folgen einer zunehmend als »Gemeinsame Sicherheit« verstandenen Konzeption. Zu den Wegen und Methoden gehörten Diplomatie und Verhandlungen und stets – wenn auch mitunter unzulänglich und nicht frei von Rückschlägen – Kooperation und Interessenausgleich. Aus der Erkenntnis ihrer eigenen Verwundbarkeit mussten Feinde zu Gegnern werden und lernen, eine ausgeprägte Kultur des Dialogs zu etablieren und sich als Partner zu begreifen und zu behandeln.

Mit dem glücklichen Ausgang des Ost-West-Konfliktes 1989/90 verschwanden das Sowjetreich, der Warschauer Pakt und die beständige Gefahr des menscheitsvernichtenden Atomkrieges. Dass mit dem Ende des Kalten Krieges auch die eigene Verwundbarkeit verschwunden sei und deshalb auf die Kultur des Dialogs weitgehend verzichtet werden könnte oder – je nach Perspektive – die eigene Verwundbarkeit durch technische Mittel wie Raketenabwehrprogramme kompensierbar würde, war und ist dagegen ein dramatischer Irrglaube der ›machttrunkenen Sieger‹. Hoch entwickelte Gesellschaften bleiben auch künftig anfällig. Im Gegenteil: Ihre Verwundbarkeit nimmt mit dem Grad ihrer Entwicklung sogar beständig zu. Die Gefahr des ›Cyberterrorismus‹, eine vor wenigen Jahren noch völlig unbekannte Bedrohung, ist hierfür ein illustratives Beispiel.

Die revolutionären Umbrüche nach 1989/90 boten die Jahrhundertchance, die Lehren und Einsichten aus der Vergangenheit konzeptionell mit den neuen Gefahren und Bedrohungen hoch entwickelter Staaten und Gesellschaften, darunter auch der weltweite Terrorismus, zu verbinden und von der bewährten Kultur des Dialogs zwischen Ost und West zu einem Dialog der Kulturen weltweit überzugehen. Der siegreiche ›Westen‹ ließ diese Chance ungenutzt verstreichen. Nach einer ersten Euphorie wurde im Gegenteil begonnen, Fehler auf Fehler zu setzen, ja das zivilisatorische Rad selbst wieder zurückzudrehen: Die »mächtigste Militärallianz aller Zeiten« fing an, nach und nach ihre zivile Konkurrenz, die OSZE, ›wegzubeißen‹ und (mit etwas Verzögerung) auch die Vereinten Nationen zurückzudrängen.

Kriegsverhütung als Doktrin wurde aufgegeben, und die Verteidigungskräfte, einschließlich Bundeswehr, wurden bzw. werden zu Einsatzarmeen umgebaut. An Stelle von Interessenausgleich werden zunehmend Interessendurchsetzung, die Erweiterung des Interessenspektrums und die Ausdehnung des militärischen Interessen- und Einsatzgebietes propagiert. Die Stärke des Rechts wurde spätestens im Kosovo-Krieg durch das Recht des vermeintlich Stärkeren abgelöst. Insbesondere die einzige verbliebene Supermacht weigert sich immer öfter, rechtlichen Regelungen und Verträgen beizutreten (Landminenvertrag, B-Waffen-Abkommen, Teststopp-Vereinbarung, Internationaler Strafgerichtshof) oder sie zu befördern (Kioto-Prozess) oder künftig einzuhalten (ABM-Vertrag, Weltraum). Selbst Gerichtsentscheidungen wie die des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag werden mittlerweile ignoriert.

Doch nicht genug: Wie bereits erwähnt standen nach Ansicht vieler Ost-West-Konflikt und Kalter Krieg in den Jahrzehnten nach 1945 der Verwirklichung einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung entgegen. Die Hoffnung der Menschen, ja das Versprechen der Politik zu Zeiten des Ost-West-Gegensatzes aber war es, Kriege zu verhindern, aber auch die anderen großen existentiellen Probleme wie Hunger, Massenarmut oder Umweltverschmutzung und Klimaveränderung zu lösen, wenn nur erst einmal Abschreckungssystem und Nuklearkriegsgefahr überwunden wären. Auch diese Hoffnung erfüllte sich nicht, auch dieses Versprechen wurde im vergangenen Jahrzehnt nicht einmal ansatzweise gehalten. Heute sind diese Probleme mit der Nährboden für die Entstehung von Fundamentalisten und Terroristen, Verzweifelten und Gerechtigkeitsfanatikern.

Was ist die Konsequenz? Was sind die Folgen? Was wird uns das soeben begonnene 21. Jahrhundert, das dritte Jahrtausend nach Christus bringen?

Vielleicht weitere Verbrechen, wie sie in diesen Tagen Amerika erleiden musste; vielleicht sogar den ›Kampf der Kulturen‹. Vielleicht den Krieg der Religionen – nicht auszuschließen! Wahrscheinlicher aber doch den *clash of civilisation*, den Zusammenbruch der Zivilisation im eigentlichen Sinne. Das heißt: den Kampf um Interessen und Ressourcen, den Kampf der Mächtigen gegen die Schwachen, den Kampf der Reichen gegen die Armen. Oder je nach Perspektive: den verzweifelten Kampf der Schwachen um ihr Überleben mit dem Mittel der Schwachen, dem Terror. Die Verbrechen von New York und Washington sind immer auch eine Warnung, vielleicht die letzte. Sie zeigen, wozu Menschen fähig sind. Und sie demonstrieren leidvoll die Verwundbarkeit gerade auch der Reichen und Mächtigen.

Warum sollten die Armen nicht dem Beispiel der Reichen folgen? Schon immer haben die Staaten des reichen Nordens für sich in Anspruch genommen, die nationalen strategischen Interessen (z.B. die Versorgung mit Erdöl) auch außerhalb des eigenen Territoriums wahren zu dürfen (vgl. z.B. die Doktrin des US-Präsidenten *Carter* von 1980). Selbst das bislang zurückhal-

tende Deutschland spricht seit einigen Jahren vom »vitalen Sicherheitsinteresse« und von »weltweiter Interessenbehauptung«. Gemeint ist damit u.a. auch die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt«. Was, wenn die überbevölkerten Staaten der ›Armen Welt‹ – oder auch nur einzelne Individuen oder gesellschaftliche Gruppierungen in diesen Staaten – künftig in ähnlichen Kategorien der strategischen Interessenbehauptung denken und handeln und auch die entsprechenden Machtmittel zur »Erpressung« besitzen? Ist wirklich auszuschließen, dass die volkreichsten und zugleich ärmsten Länder der Welt, bedroht durch den Anstieg des Meeresspiegels infolge der Treibhausemissionen des Nordens, die Interessen ihrer hungernden Menschen nicht künftig mit chemischen, biotechnologischen oder einer der anderen neuen exotischen Waffen durchzusetzen versuchen? Und mehr noch: Prüfen wir uns selbst! Wer ist – moralisch gesehen – im Beispiel einer durch den reichen Norden verursachten Klimakatastrophe eigentlich Opfer, wer Täter?

Wie werden sich nach dem Tabubruch vom 11. September die armen Staaten – oder auch einzelne Gruppen oder Menschen – künftig entscheiden, wenn sie zwar zu arm sind, um ihre wachsende Bevölkerung ausreichend zu ernähren oder vor den kommenden Klimakatastrophen einschließlich der Flutkatastrophen zu schützen, nicht aber zu arm, um eine der »vagabundierenden« Nuklearwaffen als Mittel zur Erpressung zu kaufen oder in eigenen Labors chemische und / oder biologische Waffen herzustellen?

Stehen wir also an der Schwelle eines Zeitalters von Kriegen der Armen gegen die Reichen oder doch zumindest der Erpressung und des Terrorismus, ja des Super-Terrorismus? Stehen wir möglicherweise auch am Beginn eines Zeitalters des Katastrophenterrorismus im doppelten Sinne: Anthropogene (Umwelt-) Katastrophen werden von den Betroffenen als Rechtfertigung zur Drohung mit/oder Erzeugung von Superkatastrophen gegen die Verursacher gewendet? Hat der Vorsitzende der »UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung«, Bundesminister a.D. Klaus Töpfer, auch in diesem Sinne recht, wenn er formuliert:

»Kriegerische Auseinandersetzungen der Zukunft werden sich vornehmlich an Problemen der unerträglich werdenden Umweltbelastung entzünden, die über ihre Ländergrenzen hinweg exportiert werden.«¹⁰

Nichts scheint künftig mehr ausgeschlossen. Bereits auf einer Anhörung des Deutschen Bundestages im Jahre 1992 gab einer der Experten, der Chemiker *Karlheinz Lohs*, zu Protokoll:

»Es ist meine persönliche Überzeugung als Kenner der toxologischen Szene, dass künftig der terroristischen Verwendung von chemischen Kampfstoffen

große Aufmerksamkeit zukommen wird. [...] Vorerst mag es als ›science fiction‹ erscheinen, aber Wissenschaftler halten es durchaus für machbar, dass ›ethnische Waffen‹ aus den Erkenntnissen von Chemie und Biologie hervorgehen können, die sich des enzymatisch-molekularen Polymorphismus der Menschen bedienen. Ziel solcher Waffen wäre es, eine chemische Selektionierung vornehmen zu können (man könnte es auch ›chemisierten Rassismus‹ nennen) [...]«. ¹¹

Haben wir also nicht nur einen Kampf der Kulturen, der Religionen und der Armen gegen die Reichen vor uns? Steht am Schluss des Zusammenbruchs der Zivilisation auch der Kampf der Rassen? Weiß gegen farbig und *vice versa*? Mit diesen erneuten Fragen komme ich zum ersten Teil meines Beitrags zurück: Wer von uns – und insbesondere auch wer von unseren führenden Politikern und Politikerinnen – hat eigentlich noch den Überblick über die zu Beginn des 21. Jahrhundert zu bewältigenden und im friedensgefährdenden Sinne existentiellen und grenzüberschreitenden Trends? Welcher Politiker kann ihn angesichts der Fülle der Probleme überhaupt noch in seiner Gesamtheit und Komplexität wirklich haben? Und was wird der nächste Tag bringen? Nicht nur Terrorismus und Super-Terrorismus? Vielleicht sogar die Apokalypse? Bleibt angesichts von politischem Dilettantismus, ›gordischer‹ Komplexität und dramatischer Zeitknappheit letztlich nur noch das Durchschlagen des Knäuels, also das Schwert des Alexander?

Also Krieg? Und Diktatur?

In seiner Rede *Bedingungen des Friedens* in Frankfurt im Oktober 1963 aus Anlass der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels trug Carl Friedrich von Weizsäcker drei Thesen vor, in denen im Übrigen auch erstmals der Begriff »Welt-Innenpolitik« geprägt wird: »Erstens: der Weltfriede ist notwendig; zweitens: der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter; drittens: der Weltfriede fordert von uns eine außerordentliche moralische Anstrengung.«

Die zweite dieser Thesen erläuterte Weizsäcker wie folgt:

»Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter. Nicht die Elimination der Konflikte, sondern die Elimination einer bestimmten Art ihres Austrags ist der unvermeidliche Friede der technischen Welt. Dieser Weltfriede könnte sehr wohl eine der düstersten Epochen der Menschheitsgeschichte werden. Der Weg zu ihm könnte ein letzter Weltkrieg oder blutiger Umsturz, seine Gestalt könnte die einer unentrinnbaren Diktatur sein. Gleichwohl ist er notwendig.«¹²

Wie wird der Mensch des vor uns liegenden Jahrtausends also leben, wenn er denn überhaupt Umweltgefahren, Seuchen, Hungersnöte, Ressourcen-

Verknappung, Terrorismus und Kriege der vielfältigsten Art übersteht? In Frieden zwar, aber unentrinnbar gefangen in einer Diktatur?

Dazu darf es nicht kommen. Zweifelsohne sind die terroristischen Verbrechen von New York und Washington ein Tabubruch in mehrfacher Hinsicht. Noch besteht aber die Chance, dass es sich nicht um den Beginn einer neuen Ära, sondern ›lediglich‹ um den Abschluss einer nicht gänzlich bewältigten, aber abgelaufenen Epoche handelt. Allerdings müssen die Fehler und Versäumnisse des vergangenen Jahrzehnts rasch behoben und neue strikt vermieden werden. Was ist zu tun?

Zum Ersten sollten gegenwärtig alle Entscheidungen in Reaktion auf die terroristischen Verbrechen in Ruhe und Besonnenheit getroffen werden. Alle Maßnahmen müssen mit dem Völkerrecht vereinbar und verhältnismäßig sein. Alle Aktivitäten sollten folgenorientiert sein, das heißt auch die Folgen für Unschuldige und die Rückwirkungen für das eigene Land und seine verwundbare Gesellschaft mitzubedenken. Rache und Vergeltung scheiden damit aus. Weder sollten die USA entsprechende militärische Schläge durchführen, noch sollten sich andere Staaten, z.B. Deutschland, an ihnen beteiligen. Verbrechen wie die terroristischen Anschläge von New York und Washington müssen, wenn sie nicht als konkrete und akute Bedrohung fort dauern, mit straf- und zivilrechtlichen Mitteln beantwortet werden.

Rasch hingegen sollten zweitens Initiativen für strikte und obligatorische internationale Regeln ergriffen, sollten Mechanismen und Institutionen gegen den Terrorismus im Rahmen der Vereinten Nationen geschaffen werden. Sie müssen flankiert werden durch die Zugriffsmöglichkeit auf polizeiliche und militärische Streitkräfte. Terrorismus muss künftig präventiv, und zwar weltweit, in jeder Form und ohne Ansehen von Personen oder Interessen, bekämpft werden. Dies gilt für Afghanistan genauso wie für Mazedonien oder den Kosovo.

Die dritte Empfehlung schließlich ist grundsätzlicher Natur. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges besitzt eine der grundlegenden Einsichten aus der Zeit des Ost-West-Gegensatzes uneingeschränkte Gültigkeit: Alle Menschen, Völker und Staaten, auch solche mit gegensätzlichen Ordnungen, Ideologien, Religionen, Interessen etc. sind bei der Sicherung des Lebens und Überlebens auf Partnerschaft angewiesen. Mehr noch: Die gegenwärtige Globalisierung mit ihren weitreichenden Gefährdungen, grenzüberschreitenden Verletzlichkeiten und gegenseitigen Verflechtungen und Abhängigkeiten macht eine gezielte Zusammenfassung und Erweiterung der Lehren und Erfahrungen aus der Zeit des Ost-West-Konfliktes im Sinne eines umfassenden obligatorischen Regelwerkes des internationalen Zusammenlebens geradezu unerlässlich. Soll sich Sicherheitspolitik angesichts der Verwundbarkeit hoch entwickelter Gesellschaften, ja der internationalen Gemeinschaft insgesamt, nicht lediglich in Katastrophenmanagement und -nachsorge erschöpfen,

so muss elf Jahre nach dem Ost-West-Konflikt endlich damit begonnen werden, eine Weltordnung zu bauen, die auf der Stärke des Rechts und seiner Durchsetzung ruht, die Weltinnenpolitik betreibt und sich den Namen »Ge-rechter Frieden« verdient.

III. Plädoyer für einen Zukunftsrat — Wer die angeführten Empfehlungen auf so brisante Fragen gibt, wie ich sie in einer ungehörlichen Vielzahl in meinen Beitrag eingeflochten habe, muss wissen, dass die ausstehenden Antworten nicht einfach vom Himmel fallen, die dringend notwendigen Entscheidungen und Handlungen nicht im luftleeren Raum stattfinden. Vielmehr werden sie im Rahmen gesellschaftlicher Strukturen, staatlicher Einheiten, politischer Herrschafts- und Regierungsformen gegeben, gefällt, vollzogen.

Wer nach Antworten und Lösungen auf Fragen und Trends sucht, welche die Grenzen der Entscheidungs-, Handlungs- und letztlich auch Friedensfähigkeit der Menschen und eben auch der politischen Klasse in einer Zeit des Umbruchs betreffen, kommt deshalb an einer Kritik des politischen Systems selbst nicht vorbei. Dies gilt auch für das demokratische System, wie wir es kennen. Müssen wir nicht – rechtzeitig – darüber diskutieren, ob angesichts der sich abzeichnenden und alle Grenzen überschreitenden Probleme, Gefahren und Risiken die gegenwärtige Demokratie noch zeit- und zukunfts-gemäß ist? Ist eine Demokratie vorstellbar jenseits der Demokratie, wie wir sie kennen?

Auch wenn es einem Tabubruch nahe kommt: Die Demokratie ist es, die im Zeitalter der Globalisierung und der Grenzüberschreitung, der Hochtechnologisierung und der Verwissenschaftlichung, moderner und leistungsfähiger werden muss.

Warum eigentlich gibt es kein »Expertenparlament«, das heißt einen »Zukunftsrat« zusätzlich zu dem Generalistenparlament, das wir haben und das wir vermutlich auch weiterhin benötigen? Einen »Zukunftsrat« ausschließlich für existentielle Fragen, einerseits gewählt und damit demokratisch legitimiert, andererseits zusammengesetzt aus Experten und Expertinnen und damit ausgestattet mit dem Wissen, Alternativen zu suchen und zu finden, ferner nicht wiederwählbar und so möglichst frei von sachfremden Interessen, und schließlich versehen mit einem Vetorecht und damit mit der Kompetenz, notfalls Politik, Forschung, Medien und Kapital in den Arm zu fallen?

Schon heute gibt es in Deutschland zwischen Bund und Ländern, zwischen Bundestag, Länderparlamenten und Bundesrat eine Teilung der Hoheit, eine Aufteilung von Kompetenzen, Rechten und Pflichten. Warum also sollte die Zuständigkeit für »existenzielle« Fragen der Menschen und der Menschheit (Krieg und Frieden, Entwicklung, Armut, Umwelt, Klima, Menschenwürde) nicht einer neuen ›Dritten Kammer‹ als einem »Zukunftsrat« übertragen werden können?

Schon heute gibt es in der Bundesrepublik Einrichtungen, die unabhängig von den im traditionellen Sinne demokratischen, weil gewählten Institutionen wie Parlament und Regierung richtungsweisende Entscheidungen fällen, Tagespolitik korrigieren, ja sogar Politik initiieren. Gemeint sind die (vormalige) *Bundesbank* und insbesondere das *Bundesverfassungsgericht*. Gerade Letzteres hat mittlerweile seit einer ganzen Reihe von Jahren in dem Maße auch politische (einschließlich sicherheitspolitische) Entscheidungen zu fällen, in dem Politik immer mehr zur bloßen Tagespolitik verkommt. Dass die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gleichermaßen vom Wahlvolk wie von der gewählten Politikerklasse hingenommen, ja angenommen und sogar gesucht werden, spricht für das Gericht, weniger aber für die repräsentative Demokratie in ihrer gegenwärtigen Form.

Warum also nicht beides zusammenführen? Einerseits eine Institution schaffen mit der Unabhängigkeit und der Autorität des Bundesverfassungsgerichts und sie andererseits ausstatten mit den Hoheitsrechten für existentielle Menschheitsfragen und der Legitimation von Wahlen wie ein Parlament? Eine solche institutionalisierte Zusammenführung wäre ungleich mehr, als wir heute haben. Sie würde gleichwohl zur sachgerechten Bearbeitung der existentiellen Probleme, zur gewaltfreien Lösung des Gordischen Knäuels noch nicht ausreichen. Ausschlaggebend wäre als drittes Element vielmehr die Zusammensetzung der Kammer aus unabhängigen renommierten Experten und Expertinnen.

Bei dem geforderten Zukunftsrat handelt es sich also immer auch um eine Versammlung der wissenschaftlichen Elite des Landes. Öffnet der Zukunftsrat damit – gewollt oder ungewollt – Tür und Tor hin zu einer Elitendemokratie ohne Bezug zum Souverän, dem Volk? Diese Frage wäre als Vorwurf berechtigt, wenn es sich bei den Experten und Expertinnen des Zukunftsrates ausschließlich um Vertreter und Vertreterinnen der hauptberuflichen Wissenschafts- und Forschungsgemeinde handeln würde. Das Gegenteil ist der Fall: Strategische Kompetenz kann auch über ehrenamtliches Engagement gewonnen und themenspezifisches Fachwissen über die Mitarbeit in Sozialen Bewegungen und vor allem in NGOs erworben werden. Nicht zufällig sind mittlerweile selbst bei hochrangigen wissenschaftlichen Konferenzen Vertreter und Vertreterinnen der ›Praxis‹ gesuchte Referenten und Diskussionsteilnehmer.

Darüber hinaus kann die Rückbindung an die Zivilgesellschaft, insbesondere an die Kommunikationsstrukturen der Bewegungen und der NGOs, dadurch gefördert werden, dass nicht ein zentraler Bundes-Zukunftsrat, sondern 16 Länder-Zukunftsräte gebildet werden. Eine solche Föderalisierung ändert an dem grenzüberschreitenden Charakter der Aufgaben der Dritten Kammern nichts, erleichtert aber zusätzlich noch die Lösung einiger komplizierter Fragen. Zu ihnen gehören das Problem der Auswahlprozedur der Kandidaten und Kandidatinnen sowie die Frage nach der Legitimation

durch Wahlen. Die Wahlen zur Dritten Kammer könnten an die Wahlen zu den Länderparlamenten gebunden werden. Die Kandidatenaufstellung würde allerdings nicht durch die Parteien, sondern durch (durchaus miteinander konkurrierende) Institute, NGOs und Bewegungen erfolgen. Die Wahl sollte allerdings wegen der Komplexität der zu behandelnden Fragen nicht für vier, sondern für acht Jahre erfolgen. Eine Wiederwahl wäre dagegen aus Gründen der Verselbständigung und des Schutzes vor sachfremden Interessen strikt ausgeschlossen.

Vielleicht könnte ein Zukunftsrat den rasenden Zug noch aufhalten, die gegenwärtigen Entwicklungen und Trends stoppen. Zumindest könnte er helfen, das Tempo verträglicher zu gestalten, die Weichen auf alternative Wege zu stellen, den Aufprall zu dämpfen.

-
- 1 Roman Herzog: Demokratie als Friedensstrategie. Reden und Beiträge des Bundespräsidenten. Hg. von Dieter S. Lutz. Baden-Baden 1997, S. 184.
 - 2 Vgl. stellvertretend Dieter S. Lutz: Entseeltes Land Bosnien-Herzegowina. In: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel. Nr. 98 vom 8. Dezember 1995, S. 10-13, und dort die besprochenen Bücher.
 - 3 David Rieff: Schlachthaus. Bosnien und das Versagen des Westens. Berlin 1995.
 - 4 Vgl. ebd., insbes. S. 327.
 - 5 Vgl.: Charta von Paris für ein neues Europa. Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bulletin 137/1990, S. 1409.
 - 6 Friedensgutachten 1997. Hg. v. Friedhelm Solms, Reinhard Mutz, Bruno Schoch. Münster 1997, S. 16.
 - 7 Lassen Sie uns über Krisen reden. Interview mit Klaus Töpfer. In: Frankfurter Rundschau vom 7. Juli 2001, S. 24.
 - 8 Roman Herzog, a.a.O (Anm. 1), S. 59.
 - 9 Persönlicher Brief Helmut Schmidts an den Verfasser.
 - 10 Klaus Töpfer, a.a.O (Anm. 7).
 - 11 Karlheinz Lohs: Stellungnahme im Rahmen der Anhörung »Neue Waffentechnologien« des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages am 9. November 1992 (vervielfältigtes Manuskript).
 - 12 Carl Friedrich von Weizsäcker: Bedingungen des Friedens. Göttingen 1964, S. 7ff.